

Für weltweite Achtung der Religionsfreiheit einsetzen

Erzbischof Schick: „Das Christentum ist die am stärksten verfolgte Religion“

Regensburg, 01.06.2014/APD Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat Christen dazu aufgerufen, sich für die weltweite Achtung der Religionsfreiheit einzusetzen. „Zum Evangelisierungsauftrag gehört die Verkündigung des Menschenrechts Religionsfreiheit“, sagte Schick bei einer Podiumsdiskussion zur Lage religiöser Minderheiten und dem interreligiösen Dialog beim Katholikentag in Regensburg. Das Christentum sei die am stärksten verfolgte Religion.

Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, wies darauf hin, dass Christenverfolgung nicht nur von Regierungen und Machthabern ausgehe, sondern oft auch durch die Angehörigen dominierender Religionen der jeweiligen Länder. Mangel an Bildung und Vorurteile seien ein wichtiger Grund für Diskriminierung. Die deutsche katholische Kirche unterstütze die Arbeit interreligiös orientierter Gruppen vor Ort und setze sich exemplarisch, aber niemals exklusiv nur für Christen ein.

„Die Religionsfreiheit ist ein unverzichtbares Menschenrecht“, stellte der Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, Heiner Bielefeldt, klar. Länder wie Pakistan oder Ägypten seien komplex, weshalb der Professor vor Etikettierungen wie „Länder des Christenhasses“ warnte. „Die Aufmerksamkeit für die Situation von Christen hat im Zuge des arabischen Frühlings zugenommen.“ Bielefeldt sprach sich für eine differenzierte Sichtweise der Diskriminierung von Minderheiten aus, die von gesellschaftlichem Mobbing bis zu Verfolgung reiche: „Es gibt

die systematische, vom Staat organisierte Attacke auf Christen, doch die meisten Phänomene, die ich erlebe, haben eher etwas zu tun mit administrativer Schikane“, erklärte Bielefeldt.

Auch ständige Finanzprüfungen oder familienrechtliche Einschränkungen sorgten für ein Klima der Einschüchterung. In Deutschland drohe hingegen die Gefahr, dass der Respekt vor Religion in einer pluralistischen, freiheitlichen Gesellschaft verloren gehe. Das habe sich an dem aus Bielefeldts Sicht „unerträglichen, verächtlichen Grundton“ der Beschneidungsdebatte gezeigt. Eine Gesellschaft brauche Respekt vor den identitätsstiftenden Grundüberzeugungen von Menschen.

Der Präsident des Hilfswerks „missio“ in Aachen, Klaus Krämer, hob hervor, die Lage für bedrängte Christen sei schwierig. Es wären „wichtige Bewährungszeiten für die Kirche“. „Wir Christen müssen unsere Stimme auch dort erheben, wo die Rechte anderer Religionen verletzt werden“, forderte Krämer. Zudem müssten die Christen in Krisenregionen gestärkt werden, ohne sie in die Situation zu bringen, von ihren Gesellschaften als „Agenten des Westens“ wahrgenommen zu werden. „Da dürfen wir durch unsere Solidarität und Eifer nichts kaputt machen“, warnte Krämer.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags, Michael Brand (CDU), warnte davor, zu schnell bei Konflikten einzugreifen oder in diesem Fall sofort Entwicklungshilfe zu streichen. Jedoch müsse Deutschland bereit zu einer Intervention sein, wenn es zu Völkermorden komme. Der Einsatz für Menschenrechte erfolge im Bundestag meist still und diplomatisch, doch manchmal helfe nur das Herstellen von Öffentlichkeit weiter. „Menschenrechtsarbeit ist sehr konkret und darf sich nicht nur auf Sonntagsreden begrenzen“, so Brand. Deutschland müsse intensiv den Dialog mit gemäßigten Vertretern des Islam suchen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!